

An die
Redaktionen
Aktuelles und Politik

2. Juli 2014

Pressemitteilung

Nach dem Gespräch: Justizstaatssekretärin Dr. Stefanie Hubig will Möglichkeiten zur Verhinderung rassistischer NPD-Plakate gegen Sinti und Roma prüfen lassen

Bei einem Gespräch mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma heute in Heidelberg verurteilte die Staatssekretärin im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV), Dr. Stefanie Hubig, die hetzerischen Wahlplakate und –Flyer der NPD in den letzten Wahlkämpfen. Die schon im Jahre 2013 bundesweit verwendeten Plakate der NPD mit der Aufschrift "Geld für die Oma statt für Sinti und Roma" und das NPD-Flugblatt mit der Aufschrift „Zigeunerflut stoppen“ bezeichnete sie als „zynisch und verantwortungslos“.

Wort-Zitate der Staatssekretärin Frau Dr. Hubig:

„Ich teile die Sorge, dass durch die NPD-Plakate Ängste geschürt werden. Wir sind vor dem Hintergrund der Geschichte besonders verpflichtet, Minderheiten zu schützen.“

„Man kann derartige Probleme nicht immer mit einer Gesetzesänderung lösen. Wir werden im Rahmen einer großen Veranstaltung gemeinsam mit dem Bundesinnenministerium zum Thema „Bekämpfung von Rassismus“ auch die Frage der Grenzen von Wahlwerbung besprechen und ich werde die Frage im Zusammenhang mit den Plakaten auch beim nächsten Treffen der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre des Bundes und der Länder thematisieren.“

„Ich hoffe auch, dass wir es schaffen, ein Bewusstsein wachzurufen dafür, wie sich Betroffene fühlen, wenn Sie derartige Wahlplakate sehen.“

„Wir können staatsanwaltliche und gerichtliche Entscheidungen weder kommentieren, noch kontrollieren oder gar abändern.“

Zentralratsvorsitzender Romani Rose begrüßte die Aussagen der Staatssekretärin, machte aber deutlich, dass es jetzt ein wirksames juristisches und politisches Vorgehen gegen die Wahlkampfmethoden der Rechtsextremisten geben müsse. Bei den Verantwortlichen in Städten und Gemeinden herrsche Rechtsunsicherheit. „Es dürfe auch von den Gerichten nicht mit zweierlei Maß gemessen werden, nachdem das Bundesverfassungsgericht das NPD-Plakat „Poleninvasion stoppen“ ausdrücklich als volksverhetzend untersagt habe. „Die Angehörigen unserer Minderheit, die den Holocaust überlebten, sind schockiert, dass derartige rassistische Hetze wieder im öffentlichen Raum stattfinden kann“, erklärte Rose.

Die Staatssekretärin sagte dem Zentralrat auch die Kooperation bei dem Projekt des BMJV „Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Aufarbeitung“ zu.

Arnold Roßberg
Justitiar
arnold.rossberg@sintiundroma.de